

08.09.1943 – Vor 70 Jahren Hinrichtung des tschechischen kommunistischen Schriftstellers und aktiven Antifaschisten Julius Fucik (geb. 23.02.1903) in Berlin-Plötzensee

11.09.1973 – Vor 40 Jahren wurde der chilenische Präsident Salvador Allende Gossens (geb. 26.07.1908) beim Militärputsch ermordet

14.09.1958 – Vor 55 Jahren Einweihung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte der DDR auf dem Gelände des ehem. KZ Buchenwald

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

15. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

03. September 2013

Radtour unserer Direktkandidatin Petra Sitte durch den Saalekreis

Am 23.08. frühmorgens brach Petra Sitte in den Saalekreis auf, um von dort einen Tag lang durch den östlichen Saalekreis zu radeln. Gemeinsam mit zehn Mutigen ging die Tour von Niemberg über Hohenturm, Landsberg und Gröbers bis nach Großkugel. Überall traf die Direktkandidatin des Wahlkreises 72 auf interessierte Bürgerinnen und Bürger. Begleitet von Sonne und Regen, Holperstraßen und schönen Radwegen, platten Reifen und netten Begegnungen war die Fahrradtour ein rundherum tolles Erlebnis.

Text und Fotos: Katja Müller



Achtung Terminänderung!!!!

Die Basisberatung am 04.09.2013 findet bereits 16:30 Uhr statt, da ab 18:00 Uhr ein Wahlforum des halleschen Bündnisses Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage stattfindet. Näheres in dieser Ausgabe.

Der Stadtvorstand lädt alle Genossinnen und Genossen herzlich zu dieser Zusammenkunft ein. Schwerpunkt der Beratung sind die noch anstehenden Termine im Wahlkampf, Infostände, Verteilung des Wahlaufufes, zentrale Kundgebung am 18.09.2013 usw. Wir möchten Euch bitten, den Termin auch an Genossinnen und Genossen weiterzugeben, welche sich noch intensiv in die Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes einbringen möchten.

Unser Ziel ist es, gemeinsam mit Petra Sitte ihr Direktmandat hier in Halle zu verteidigen und als Gesamtpartei ein zweistelliges Ergebnis zu erreichen.

Und am Sonntag im Bett bleiben!

100%
SOZIAL

Briefwahl:
Einfach.
Schnell.
Erledigt!
DIE LINKE.

100 Prozent sozial - 100 Prozent durchgerechnet!

Stellen wir uns einmal vor, was in den Medien los wäre, wenn DIE LINKE milliardenschwere Ausgabenprogramme ankündigen würde, ohne auch nur ansatzweise zu sagen, woher das Geld dafür kommen soll. Die Kanzlerin darf das offensichtlich. Die CDU verspricht Milliarden für die Erhöhung des Kindergeldes, für höhere Rentenbezüge für Mütter und für den Straßenbau. Kein Wort verliert sie in ihrem Wahlprogramm jedoch darüber, wie ihre Forderungen finanziert werden sollen. Die Kasse der »schwäbischen Hausfrau« bleibt leer. Das ist Wahlbetrug schon vor der Wahl!

Ähnlich ist es bei SPD und Grünen. Auch sie versprechen viel, werden aber wenig halten können, weil auch sie nicht umverteilen wollen. Jedenfalls nicht von oben nach unten. Superreiche und ihre Vermögen werden geschont.

Gleichzeitig wird der LINKEN immer vorgeworfen, sie habe zwar richtige Forderungen, die aber seien nicht realistisch, weil nicht finanzierbar. Dieser Vorwurf ist unbegründet und widerlegbar – mit unserem Wahlprogramm

»100 Prozent sozial«. Unsere Rechnung ist transparent: Wir wollen rund 180 Milliarden Euro einnehmen, um rund 170 Milliarden Euro ausgeben zu können. Wir wollen hohe Vermögen, Spitzeneinkommen, große Erbschaften und Finanzspekulationen besteuern, um soziale Gerechtigkeit, mehr Kita-Plätze, bessere Schulen und eine gute öffentliche Daseinsvorsorge finanzieren zu können.

Unser Wahlprogramm ist 100 Prozent sozial und 100 Prozent durchgerechnet. Beides gibt es nur bei uns. Daher am 22. September DIE LINKE wählen!

Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer

Was kosten die Forderungen der Partei DIE LINKE?

Die Schwerpunkte sind:

- DIE LINKE will ein Zukunftsprogramm für mehr soziale Dienstleistungen und eine bessere öffentliche Infrastruktur auflegen.

Durchgerechnet: Einnahmen und Ausgaben im LINKEN Wahlprogramm

Zukunftsprogramm effektive Kosten	50
Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro, Erwerbslosenversicherung stärken	46,6
Solidarische Mindestrente von 1050 Euro, Ostrenten angleichen	24,4
Bildung	15
<small>Gesamtbildungsinvestitionen: 45 Milliarden Euro. Davon 30 Milliarden Euro im Zukunftsprogramm.</small>	
ÖPNV	11
Sozialer Wohnungsbau	8
Zusammenleben mit Kindern fördern	8
AUSGABEN: ca. 170 Milliarden Euro	

Millionärsteuer	80
Einkommensteuer	±0
Unternehmensbesteuerung	35
Finanztransaktionsteuer	30
Gemeindewirtschaftsteuer	15
Bekämpfung von Steuerhinterziehung	15
Reform der Erbschaftsteuer	7
EINNAHMEN: ca. 180 Milliarden Euro	

■ alle Angaben in Milliarden Euro

Es geht zum Beispiel um Investitionen in Bildung, Krankenhäuser, Pflege und wir wollen die Energiewende sozial gerecht gestalten. Effektive Kosten: **50 Milliarden Euro.**

■ DIE LINKE will die Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro anheben, die Rentenbeiträge für Hartz-IV-Beziehende wieder einführen und die Erwerbslosenversicherung stärken. Kosten: **46,6 Milliarden Euro.**

■ DIE LINKE will eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1050 Euro einführen. In der Rente sollen beispielsweise die Kindererziehungszeiten besser angerechnet werden. Den Rentenwert Ost wollen wir an das Westniveau angleichen. Kosten: **24,4 Milliarden Euro.**

■ DIE LINKE will den sozialen Wohnungsbau wiederbeleben. Kosten: **8 Milliarden Euro.**

■ DIE LINKE will den öffentlichen Personennahverkehr barrierefrei ausbauen. Dabei soll die Nutzung erheblich preiswerter werden. Kosten: **11 Milliarden Euro.**

■ DIE LINKE will die Ausgaben für Bildung in einem ersten Schritt auf den OECD-Durchschnitt anheben. Dabei geht es u. a. um den Ausbau von Kitas, Ganztagschulen und Studienplätzen. Kosten: **15 Milliarden Euro.**

Wie will DIE LINKE ihre Forderungen gegenfinanzieren?

DIE LINKE ist die einzige Partei, die für die Finanzierung ihrer Ausgaben ein durchgerechnetes Steuerkonzept vorzuweisen hat. Wir setzen dabei auf eine konsequente Umverteilung von oben nach unten.

Die Schwerpunkte sind:

■ Die Vermögensteuer wird als Millionärsteuer mit einem persönlichen Freibetrag von einer Million Euro, einem zusätzlichen Freibetrag auf Betriebsvermögen von fünf Millionen Euro sowie einem Steuersatz von 5 Prozent wieder erhoben. Damit können jährliche Mehreinnahmen in Höhe von **80 Milliarden Euro** erzielt werden.

■ Eine Reform der Einkommensteuer: Wer weniger als 6.000 Euro im Monat Einkommen hat, muss weniger Steuern bezahlen, wer über ein höheres Einkommen verfügt, wird belastet. Wir wollen den sog. »Steuerbauch« abschaffen. Dafür muss der Tarifverlauf der Einkommensteuer geglättet werden. Zudem soll der Grundfreibetrag auf 9.300 Euro

(derzeit 8.130 Euro) angehoben werden. Dadurch werden kleine und mittlere Einkommen deutlich entlastet. Finanziert werden die Entlastungen durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 53 Prozent (wie unter Helmut Kohl). Zudem soll jeder Euro ab einer Million Einkommen mit 75 Prozent besteuert werden. Unterm Strich ergeben sich **weder Minder- noch Mehreinnahmen.**

■ Bei der Unternehmensbesteuerung wird u. a. der Satz der Körperschaftsteuer auf das Niveau von vor 2008, d. h. von derzeit 15 auf 25 Prozent, angehoben. Insgesamt ergeben sich jährliche Mehreinnahmen in Höhe von **35 Milliarden Euro.**

■ Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer mit einem Steuersatz von 0,1 Prozent auf alle börslichen und außerbörslichen Wertpapier-, Derivate- und Devisenumsätze erbringt jährliche Mehreinnahmen in Höhe von **30 Milliarden Euro.**

■ Die Gewerbesteuer wird zu einer Gemeindewirtschaftsteuer ausgebaut. Damit sollen die kommunalen Einnahmen erhöht und stabilisiert werden. Es ergeben sich jährliche Mehreinnahmen in Höhe von **15 Milliarden Euro.**

■ Die Verbesserung des Steuervollzugs durch mehr Personal, Einführung einer Bundesfinanzpolizei sowie konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuergestaltung ergeben jährliche Mehreinnahmen in Höhe von **15 Milliarden Euro.**

■ Eine Reform der Erbschaftsteuer, durch die hohe Erbschaften und Schenkungen stärker als heute belastet werden, ermöglicht jährliche Mehreinnahmen in Höhe von **7 Milliarden Euro.**

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99; Fax: 030/24 00 95 41
partei.vorstand@die-linke.de, www.die-linke.de
V.i.S.d.P. Matthias Höhn

Diesmal Briefwahl machen - ganz einfach!

Sie sind am Wahltag verreist, haben keine Zeit oder wissen bereits, wen Sie wählen wollen?

Dann beantragen Sie Briefwahlunterlagen - ganz einfach und kostenlos.

Was ist Briefwahl und wie funktioniert das?

Bei der Briefwahl bekommen Wahlberechtigte den Stimmzettel per Post nach Hause geschickt, füllen ihn dort aus und schicken ihn anschließend per Post an das Wahlamt zurück.

Wie kann ich die Briefwahl beantragen?

Jeder Wahlberechtigte erhält per Post eine Wahlbenachrichtigungskarte an seinen Hauptwohnsitz geschickt. Auf der Rückseite ist ein Briefwahlantrag aufgedruckt. Einfach ausfüllen und zurückschicken. Beim Antrag auf Briefwahl muss man keinen Grund angeben. In einigen Städten und Gemeinden gibt es die Möglichkeit, Briefwahlunterlagen auch online auf der Webseite zu beantragen. Meist ist dafür die Angabe der Kartenummer der Wahlbenachrichtigungskarte notwendig. Die Briefwahlunterlagen können im Wahlamt auch persönlich beantragt und abgeholt werden. Dort besteht auch die Möglichkeit, die Stimme vor Ort abzugeben. Die Briefwahlunterlagen können auch durch einen mit einer schriftlichen Vollmacht und Ihrer Wahlbenachrichtigungskarte ausgestatteten Vertreter / Vertreterin abgeholt werden.

Bitte beachtet, dass ein Vertreter / Vertreterin nur für maximal 4 Wahlberechtigte vertreten kann.

Meine Briefwahlunterlagen sind da! Was nun?

1. Briefwahlunterlagen aus dem Umschlag nehmen und ganz in Ruhe die Kreuzchen machen.
 2. Den Stimmzettel falten und in den beiliegenden blauen Wahlumschlag stecken.
 3. Den weißen Wahlschein unterschreiben, damit das Amt weiß, wer gewählt hat. Niemand kann aber erkennen, welche Partei angekreuzt wurde!
 4. Den weißen Wahlschein zusammen mit dem blauen Umschlag in den rosafarbenen Umschlag stecken.
 5. Den rosa Umschlag (auch ohne Briefmarke) in den Briefkasten werfen und ans Wahlamt zurückschicken.
- Wichtig: Spätestens am Mittwoch, dem 18. September 2013, abschicken!

In welchem Zeitraum kann ich Briefwahl beantragen?

Der Antrag kann sofort gestellt werden, man muss nicht zwingend die Zusendung der Wahlbenachrichtigungskarte abwarten. Die Stimmzettel werden allerdings erst ca. 4 Wochen vor dem Wahltermin, also Ende August, verschickt. In der Woche vor der Wahl, also nach dem 16. September 2013, sollte man keine Briefwahlunterlagen mehr anfordern, weil sie möglicherweise dann zu spät ankommen und nicht mehr mitgezählt werden.

Wichtig ist, dass die Stimmzettel am Wahlsonntag, dem 22. September 2013, spätestens um 18:00 Uhr im Wahlamt vorliegen. Deshalb sollte man Briefwahlunterlagen nicht unnötig liegen lassen, sondern sie sofort ausfüllen und abschicken. Man kann in den Wahlämtern der Städte und Gemeinden auch vor Ort seine Stimme abgeben. Das geht während der Öffnungszeiten der Ämter, natürlich auch noch in der Woche vor der Wahl.

Wer nachgewiesen plötzlich erkrankt, kann den Stimmzettel sogar noch bis zum Wahltag, 15:00 Uhr, beim Wahlamt beantragen. Bitte rufen Sie dafür Ihr Wahlamt schnellstmöglich direkt an, um das Verfahren zu klären!

Wer Hilfe oder Unterstützung benötigt wendet sich entweder an die Geschäftsstelle unter der Rufnummer:

0345 2025590; E-Mail info@dielinke-halle.de oder an das Linke Blatt unter der Rufnummer 0177/5737799

(M. Böttcher) oder auch per E-Mail: linkesblatt@dielinke-halle.de.



PREISSKAT in Halle am Freitag, dem 20. September 2013

Beginn: 14.00 Uhr Ende: gegen 18.00 Uhr

Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer,
Böllberger Weg 150, Anfahrt mit der Straßenbahn,
Linien 1 und 6, sowie Buslinie 26, Haltestellen sind
Diesterwegstraße oder Passendorfer Weg.

Der Einsatz beträgt 5,00 €. Jeder erhält einen Preis.
Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch
und 27 Spiele am Dreiertisch
und nach der Skatordnung des Deutschen Skat-
verbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14.10 Uhr.



Warum das Investitionsprogramm der SPD eine Luftnummer ist

Die SPD fordert ein „Programm für Zukunftsinvestitionen“ mit einem Umfang von 80 Mrd. Euro im Jahr. Ziel ist ein „neues magisches Viereck“: Wirtschaftswachstum, ökologische und soziale Nachhaltigkeit und zukunftsfähige Staatsfinanzen.

Doch das magische Viereck ist eher eine Quadratur des Kreises. Die 80 Mrd. sollen „mehrheitlich privat finanziert“ werden. Wer, wann, wo investieren soll, bleibt unklar. Letzten Endes geht das Programm der SPD – großzügig gerechnet – von öffentlichen Investitionen in Höhe von knapp 25 Mrd. Euro aus. Davon sind 20 Mrd. für Bildungsinvestitionen vorgesehen, für andere öffentliche Investitionen bleiben also nicht einmal fünf Mrd. Euro. Damit werden öffentliche Aufgaben und Infrastruktur der Privatwirtschaft überlassen (z.B. der Ausbau der

Strom- und Breitbandnetze oder der soziale Wohnungsbau).

Die SPD will diese Bereiche der Profitlogik preisgeben, anstatt erwirtschaftete Gewinne gemeinwohlorientiert zu reinvestieren. Eine bedarfsorientierte Versorgung kann dagegen nur durch die Stärkung des Öffentlichen erreicht werden – das setzt aber öffentliche Investitionen voraus.

Das Konzept der SPD ist eine Luftnummer: Die von ihr mit durchgesetzte Schuldenbremse wird nicht in Frage gestellt, die zusätzlichen Ausgaben müssten also durch Steuererhöhungen finanziert werden. Die SPD behauptet, 35 Mrd. Euro Mehreinnahmen erzielen zu können.

Aber wie?

Die Vorschläge für eine Vermögenssteuer in der SPD sind vage und umstritten, Betriebsvermögen soll ausgenommen werden.

Damit würde die Steuer aber gegen das Grundgesetz verstoßen. Realistisch gerechnet ergeben sich aus dem Steuerkonzept der SPD nicht einmal 15 Mrd. Euro an Mehreinnahmen. Wer investieren will, muss umverteilen!

DIE LINKE fordert Investitionen in Kita-Plätze, Schulen, öffentliche Dienstleistungen und in die öffentliche Infrastruktur mit einem Gesamtvolumen von 100 Mrd. Euro. Wir setzen nicht auf private Investoren, wenn es um die öffentliche Daseinsvorsorge geht. Der sozial-ökologische Umbau von Infrastruktur und Industrie ist ein Projekt der gesamten Gesellschaft, das auf öffentliche und demokratische Strukturen angewiesen ist. Ein Politikwechsel braucht ein anderes Verständnis von öffentlichen Investitionen.

Die SPD hat es leider nicht.

VdN-BdA e. V., Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Anlässlich des diesjährigen internationalen

"Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung"

lädt der Landesverband der Verfolgten des Naziregimes und der Bund der Antifaschisten Sachsen-Anhalte. V. zur Teilnahme an einer Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung ein. **Die Gedenkveranstaltung findet am Sonntag, dem 8. September 2013, 10:00 Uhr, auf dem Gertraudenfriedhof, an der Gedenkstätte für die im "Roten Ochsen" von der NS-Justiz Ermordeten statt.**

Die ehrenden Worte der Erinnerung und der Mahnung spricht Prof. Dr. Ernst Luther. Mit dieser Kranzniederlegung wollen wir aller Opfer der Nazibarbarei gedenken und unsere Bereitschaft bekunden, dass wir gegen jegliche Form rechter Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zusammenstehen wollen.

Treffpunkt der Teilnehmer: 9:45 Uhr am Haupteingang zum Gertraudenfriedhof, Landrain 25

Dieter Heilmann
Geschäftsführer

Wir gratulieren allen Genossen und Genossen, die im Monat September Geburtstag haben.



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 600 Exemplare

Spenderbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

29.08.2013

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 12.09.2013

Das ist wirklicher Dienst an der Demokratie

Katja Kipping ist beeindruckt von dem Mut, der Konsequenz und dem Durchhaltevermögen der Whistleblowerin Inge Hannemann, deren Enthüllung über Sanktionspraktiken der Bundesanstalt für Arbeit bundesweit für Aufsehen gesorgt haben. „Wir brauchen mehr Leakingplattformen“, fordert Kipping. Im Interview spricht sie über die Macht von Internet- und Geheimdiensten, Angriffe auf die Pressefreiheit und begründet, warum sie zum sparsamen Gebrauch privater Daten im Internet rät.

Verkehrte Welt des Westens: Datensammelnde Weltkonzerne kooperieren mit Geheimdiensten. Politik greift in die Pressefreiheit ein, der Lebensgefährte des Guardian-Enthüllungsjournalists wird stundenlang verhört. Demokratische Verfassungen garantieren anderes. Passen Pressefreiheit, Schutz der Privatsphäre nicht mehr in unsere Zeit?

Wenn ich höre, wie der britische Geheimdienst ohne richterliche Anordnung eine renommierte Zeitung dazu zwingen kann, eine Festplatte mit den von Edward Snowden geleakten Informationen zu zerstören, dann wird nicht nur eine Festplatte, sondern auch elementare Grundsätze der Pressefreiheit zerstört. Nicht ohne Grund genießen Journalisten und Journalistinnen einen besonderen Schutz, beispielsweise beim Zeugnisverweigerungsrecht oder durch das Beschlagnahmeverbot für selbstrecherchiertes Material. Dass diese Prinzipien in Westeuropa auf solch drastische Weise nochmals in Frage gestellt werden, besorgt mich sehr.

David Miranda - Brasilianer und Lebensgefährte von Guardian-Journalist Greenwald - fliegt von Berlin nach Hause. Beim Zwischenstopp in London wird er festgehalten, fast neun Stunden verhört. Das ist Sippenhaft. Was aber sagt dieser Vorfall? Muss jeder damit rechnen, kurzerhand „juristisch korrekt“ polizeilich vernommen zu werden?

Sippenhaft war auch mein erster

Gedanke, als ich von diesem Verhör las. Ich will nun nicht darüber spekulieren, was alles noch passieren kann. Aber eines zeigen diese Vorfälle: Die demokratischen Rechte oder die Pressefreiheit werden offen missachtet, um Aufklärung über eine rechtswidrige Praxis der Geheimdienste zu verhindern. Sie zeigen, wie gefährlich diese Dienste sind. Meine Befürchtung, dass sich Demokratie und Geheimdienste prinzipiell nicht vertragen, bestätigt sich hier auf besorgniserregende Weise. Deshalb müssen wir sie abschaffen.

In der veröffentlichten Meinung werden Whistleblower wie Snowden, Manning oder hier in Deutschland die Hamburger Arbeitsvermittlerin Inge Hannemann als Nestbeschmutzer, Lügner, Verräter hingestellt. Fällt das in der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden?

Mein Eindruck ist, dass der Mut der Genannten, die ja ihr weiteres Leben in Freiheit oder ihren Job riskieren, um auf eine offensichtlich rechtswidrige Praxis der Dienste und Behörden, für die sie arbeiten, aufmerksam zu machen, bei sehr vielen Menschen großen Respekt erzeugt. Inge Hannemann kenne ich persönlich. Ich muss sagen, ihr Mut, ihre Konsequenz, ihr Durchhaltevermögen ist für mich sehr beeindruckend. Wir brauchen mehr Menschen wie sie, die Nein sagen, wenn sie merken, dass etwas nicht mit rechten Dingen geschehen kann. Das ist wirklicher Dienst an der

Demokratie. Übrigens finde ich, dass es schon fast ein Treppwitz der Geschichte ist, dass eine lupenreine Demokratie wie die USA Edward Snowden jagt und ins Gefängnis stecken will, während ihm Russland immerhin ein vorläufiges Asyl gewährt.

Bislang scheint ohnehin nur eine Minderheit zu ahnen, welche Macht es bedeutet, wenn Geheimdienste und Internetkonzerne Hand in Hand arbeiten. Wofür muss die Öffentlichkeit sensibilisiert werden?

Ich weiß gar nicht, ob das nur eine Minderheit ist, die eine Ahnung davon hat, welche Macht die Internetdienste und Geheimdienste haben - insbesondere wenn sie zusammenarbeiten. Ich kenne zum Beispiel einige Menschen, die auf das Online-Banking - das ja durchaus praktisch ist - verzichten, weil sie nicht sicher sind, was mit ihren Daten geschieht. Eine gesunde Skepsis ist also durchaus vorhanden. Wofür wir die Öffentlichkeit aber sensibilisieren müssen, ist zweierlei: Zum einen müssen wir zu einem sparsamen Gebrauch privater Daten im Internet raten. Zum anderen müssen wir die Menschen für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und den Datenschutz sensibilisieren und gegen die Versuche immunisieren, Datenschutz als Täterschutz zu diffamieren.

Menschen, die Missstände öffentlich machen, werden diffamiert, auch juristisch verfolgt. Warum gibt es keinen Schutz für diejenigen, die gesellschaft-

lich brisante Wahrheiten ans Tageslicht bringen?

Das ist ein Problem, das wir lösen müssen. Deshalb setzt DIE LINKE sich für den Schutz von Personen und Strukturen ein, die kritische Öffentlichkeit möglich machen: so genannte Whistleblower - Informanten über Missstände in Unternehmen und Behörden - und Plattformen im Internet, auf denen kritische Informationen veröffentlicht werden können. Wir brauchen mehr Leakingplattformen.

In welcher Pflicht stehen die politisch Verantwortlichen?

Die Politik darf die Gefahren, die gerade durch die Geheimdienste für

die Demokratie ausgehen, nicht bagatellisieren. Zum Beispiel könnte der Bundestag oder die Bundesregierung symbolisch ein Zeichen setzen, indem sie Snowden und Manning zum Friedensnobelpreis vorschlagen. Damit würde die Politik sagen: Menschen, die Unrecht öffentlich machen, denen gehört unserer Respekt.

Was muss aus Sicht der LINKEN umgehend auf den Weg gebracht werden?

Ein paar ganz konkrete Punkte will ich nennen: Erstens dürfen wir die Einführung der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland nicht zulassen. Zweitens brauchen wir

eine Internet-Charta der UN, die die Menschen vor dem virtuellen Spionagewahn von Konzernen, Regierungen und Geheimdiensten schützt. Und wir brauchen international verbindliche Vereinbarungen, die den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, ihre Rechte im Internet einzuklagen und gegen deren Verletzung juristisch vorzugehen. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag scheint mir hierfür die richtige Adresse zu sein, den auch die USA endlich anerkennen müssten.

www.die-linke.de

Klausurtagung fordert Korrektur des Schrumpfungskurses der Landesregierung, Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, Weiterführung der Parlamentsreform und aktives Wahlrecht bei Landtagswahlen mit 16 Jahren

Die Fraktion DIE LINKE hat heute die Ergebnisse ihrer Klausurtagung vom 26./27. August 2013 öffentlich vorgestellt. Dabei informierten der Fraktionsvorsitzende Wulf Gallert und Birke Bull, stellv. Fraktionsvorsitzende und Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE, Sachsen-Anhalt, über folgende Punkte:

Die Fraktion hat einen Beschluss zum weiteren Umgang mit dem Entwurf des Haushaltsplans der Landesregierung für das Jahr 2014 gefasst. Die Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass die Landesregierung einer Reihe von Forderungen der LINKEN gefolgt ist. Zugleich bleibt festzustellen, dass die Landesregierung offensichtlich nicht von ihrer fatalen Schrumpfungspolitik für das Land abzurücken gedenkt. Ziel der Fraktion wird es sein, diese politischen Fehlentscheidungen der Landesregierung während der Haushaltsberatungen zu korrigieren.

Die Fraktion hat einen Beschluss zur Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefasst. Den Hintergrund bilden die Fördermittelpraxis im Lande und das immer klarer zu Tage tretende strukturelle Versagen der Landesregierung auf diesem Gebiet. Insbesondere die erst unlängst öffentlich gewordenen Vorgänge um die IBG Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH und das private Managementunternehmen GoodVent Beteiligungsmanagement GmbH & Co. KG erfordern aus Sicht der Fraktion die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, um den offenkundig existierenden Förderfälsch in Sachsen-Anhalt aufrollen zu können.

Die Fraktion hat den Beschluss gefasst, sich aktiv für die notwendige Weiterführung der Parlamentsreform in Sachsen-Anhalt einzubringen. Insbesondere Debatten um die Verkleinerung des Landtages vor dem Hintergrund des demografischen Wandels spielen in der Öffentlichkeit eine besondere Rolle. Die Fraktion spricht sich für eine moderate Verkleinerung des Landtages aus und ist der Auffassung, dass ein möglicher Neuzuschnitt der Wahlkreise und eine damit verbundene Änderung ihrer Anzahl zu einer Verringerung der Abgeordnetenzahl führen werden, auch im Sinne einer Annäherung an die in der Verfassung genannte Zahl von 91 (mit Überhang- und Ausgleichmandaten).

Die Fraktion hat den Beschluss gefasst, sich dafür einzusetzen, dass in Sachsen-Anhalt das Wahlalter für das aktive Wahlrecht für die Landtagswahlen auf 16 Jahre gesenkt und dass die Aufnahme der Kinderrechte in die Landesverfassung angestrebt wird.

Dr. Thomas Drzisga, Pressesprecher

Wahlforum des Bündnisses „Halle gegen Rechts“ zur Bundestagswahl 2013

„Wirksame Politik gegen Rassismus“

Kandidat_innen zur Bundestagswahl sind **gefragt!**



Studierendenrat der
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

4. September 2013

18 Uhr, im Hallische Saal in der Tulpe auf dem Uniplatz

Wo setzt politische Verantwortung an?

Die Befunde über Rassismus und nationalistisches Denken in unserer Gesellschaft sind bekannt. Auch in Halle sind diese Zustände sichtbar und wahrnehmbar – ob am Arbeitsplatz, auf dem Amt oder der städtischen Öffentlichkeit. Erfahrungen von Ausgrenzung sind für viele Menschen alltäglich.

Welche Impulse kann Politik gegen diese gesellschaftlichen Normalzustände geben?

Das Forum bietet methodisch die Gelegenheit direkt mit den Kandidat_innen ins Gespräch zu kommen

Nutzen Sie die Chance, Ihre Fragen zu stellen!

Meine Frage an die Kandidat_innen:
